

Westenergie plant massiven Ausbau der Energienetze



Umspannanlage von Westenergie. Bild: Westenergie
12. März 2024

Artikel von Hans-Willy Bein

Der Netzbetreiber Westenergie rechnet für die nächsten Jahren mit wachsender Stromnachfrage und einem sprunghaften Anstieg des Investitionsbedarfs in die deutschen Verteilnetze. Der jährliche Aufwand werde nach verschiedenen Szenarien von 5,7 Milliarden Euro im Jahr 2022 auf bis zu 12 bis 16 Milliarden Euro im Jahr 2030 hochschnellen, erläuterte Westenergie-Chefin Katherina Reiche vor Journalisten der Wirtschaftspublizistischen Vereinigung in Düsseldorf. Reiche bezog sich dabei auf Berechnungen etwa der Bundesnetzagentur und des BDEW.

Neben einem massiven Ausbau sieht sich die zum E.ON-Konzern gehörende Westenergie-Gruppe als größter deutscher Infrastrukturbetreiber auch vor einem Umbau der Netze. Bei dem Unternehmen sind die Anfragen nach einem Anschluss von Solaranlagen innerhalb des vergangenen Jahres auf 120.000 (2022: 69.000) Anlagen hochgeschneit. Bis zum Jahr 2030 rechnet man mit viermal so vielen Anfragen nach PV-Anschlüssen und gar zehnmal so vielen Anfragen nach dem Anschluss von Wärmepumpen. Für viele dieser Aufgaben seien Verteilnetze ursprünglich gar nicht ausgelegt worden. Deswegen stünden auch ein Umbau und die stärkere Digitalisierung an.

Bei Privatkunden könnten Anfragen nach einem Anschluss von Anlagen „in kurzer Zeit“ beschieden werden, versicherte Reiche. Bei großen Anlagen wie Windparks könne das aber

„dauern“. Sie unterstrich die Feststellung von E.ON-Chef Leonhard Birnbaum: „Einer der zentralen Herausforderungen der Energiewende in Deutschland ist der Netzausbau.“

Die Furcht vor Engpässen bei der Stromversorgung ab 2030 sei in der mittelständischen Wirtschaft größer als die Sorgen vor steigenden Energiepreisen und lasse auch alle anderen Themen in den Hintergrund treten, sagte Reiche mit Hinweis auf ihre zahlreichen Gespräche in Unternehmerkreisen. Szenarien, dass Firmen wegen der Unsicherheit Standorte ins Ausland verlagern könnten, seien real, sagte die Managerin. Sie empfahl der Politik, Flexibilität zu zeigen und nicht immer alles „an einem Datum festzumachen.“ Ob der Kohleausstieg zum Beispiel „ein Jahr früher oder später komme, mache den Kohl nicht fett“. Sie riet dazu, „stärker in Bandbreiten zu denken“ und mit Szenarien zu arbeiten. Auch dürfe Verbrauchern nicht dauernd versprochen werden, dass ab 2030 alles billiger wird. Dabei dürfe zudem beim Strom, der Großhandelspreis nicht mit dem Endkundenpreis gleichgesetzt werden.

Angesprochen auf den Anschlag der Stromversorgung beim Autobauer Tesla in Grünheide verwies Reiche drauf, dass kritische Infrastruktur vulnerabel sei und „vermutlich“ nicht zu 100 Prozent überwacht und geschützt werden könne. Sie beklagte indessen, dass auch sensible Daten der Netzbetreiber öffentlich gemacht werden müssten. Sie frage sich, ob das wirklich bei allen Daten notwendig sei. Schließlich müssten die Netzbetreiber nicht nur „physische Angriffe“ sondern auch Cyberattacken im Blick haben. Kritische Punkte gebe es zudem nicht nur bei den Stromnetzen, sondern auch bei den Gasnetzen oder Telekommunikations-Knotenpunkten.